



Niederschrift

41. Plenarsitzung des Gemeinderates
26. Juli 2022, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

32.

Punkt 32 der Tagesordnung: Kontrolle und Transparenz bei der Ausführung von Gemeinde-ratsbeschlüssen

Antrag: FDP

Vorlage: 2022/0508

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Ziffer 1 und 2: Bei 13 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Ziffer 3: Bei 35 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 32 zur Behandlung auf, verwiesen aus der Gemein-deratssitzung am 28. Juni 2022, und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 12. Juli 2022.

Stadtrat Hock (FDP): Vertrauen ist gut, Kontrolle ist manchmal besser. Vorweg möchte ich klarstellen, dass meine Fraktion und ich zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung stehen. Wir sind uns bewusst, dass teilweise große Lasten auf ihren Schultern lagern. Ebenso sind wir uns bewusst, dass die Mitarbeitenden aus öffentlichen Geldern finanziert werden. Um Margaret Thatcher zu zitieren, so etwas wie öffentliche Gelder gibt es nicht. Es gibt nur die Gelder der Steuerzahler. Wenn nun jemand Steuern zahlen soll, so ist die Verwaltung schnell darin, entsprechende Bescheide zu versenden. Zahlt ein Schuldner verspätet, generiert ein System automatisch eine Mahnung. Auch eine Pfändung kann automatisch eingestellt werden. Wir wünschen uns, dass die Verwaltungsleitung diesen Ehrgeiz auch bei der Umsetzung ihrer gefassten Beschlüsse an den Tag legt.

Für uns stehen dabei zwei Aspekte im Vordergrund. Erstens möchten wir eine Entlastung herstellen. Wie auch beim heutigen Antrag heißt es in der Stellungnahme öfters, Dinge seien in der Planung, es wird den Fraktionen vorgestellt etc.. Mit dem heutigen Antrag würden wir so manche Anfrage und den damit verbundenen Arbeitsaufwand in den Ämtern einsparen. Zweitens

hätten die Bürgerinnen und Bürger ein Infosystem, welches die Transparenz und damit das Vertrauen in die gewählten Vertreterinnen und Vertreter erhöhen würde. Wir begrüßen die positive Stellungnahme der Verwaltung. Dem dort avisierten Realisierungsvorschlag schauen wir freudig entgegen.

Gerne möchten wir abstimmen lassen und diesen Antrag als Start für die zukünftige Beschlusskontrolle nehmen.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Auch uns ist Transparenz ein hohes Anliegen. Die Transparenz stärkt nicht nur das Vertrauen in uns einzelne Stadträt*innen in die Verwaltungsmitarbeitenden. Diese Transparenz stärkt auch das Vertrauen in die Demokratie und den Glauben an dieses System. Das ist, glaube ich, schon etwas, was wir in diesen Zeiten nicht zu wenig fördern können. Deswegen Ja zu mehr Transparenz, Ja zu mehr öffentlicher Beteiligung, Ja zu mehr Öffentlichkeit von Ausschüssen oder von Aufsichtsratssitzungen.

Aber hier geht es heute eben auch um die Kontrolle und auch diese halbjährliche Berichtspflicht, zum Beispiel im Hauptausschuss. Wir würden an dieser Stelle der Antwort der Verwaltung folgen. Wir glauben auch an diesen Zeitplan und würden uns freuen, wenn wir bis Jahresende ein paar Schritte weiterkommen. Dann denken wir, dass wir dieses System auf den Prüfstand stellen sollten und dann gucken, in welche Richtungen wir das weiterentwickeln können, dass wir gemeinsam hier die Transparenz erhöhen. Deswegen lehnen wir den Antrag in Summe dann ab.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die CDU-Fraktion möchte, dass die Stadtverwaltung den Weg zu einer Digitalität weiter konsequent fortführt. Wir sind hier, glaube ich, auf einem richtigen Weg unterwegs. Es ist manchmal schwierig, wir sehen, wie unsere digitale Arbeit hier im Stadtrat mit manchen Hindernissen verbunden ist. Aber ich glaube, mehr und mehr Kolleginnen und Kollegen erkennen diesen gewaltigen Fortschritt, den wir durch diese Art der Herangehensweise über die digitalen Möglichkeiten gewinnen können. So sieht es sicherlich auch für eine regelmäßige Beschlussergebnisberichtsammlung aus, die natürlich digital viel einfacher überschaubar, viel schneller erkennbar ist, als wenn wir das abfragten als weiteren Tagesordnungspunkt in der Hauptausschusssitzung. Also, mir graut es davor. Das ist nicht der Weg in die moderne Verwaltung, die wir, glaube ich, ganz gut schon beschreiten. Also, weg von ABM-Maßnahmen und von daher hin zu dem, was die Verwaltung uns ankündigt. Natürlich sind wir auch sehr gespannt, dass das dann auch umgesetzt wird.

Stadtrat Hermanns (SPD): Die SPD-Fraktion begrüßt den Antrag der FDP, aber nicht den Duktus, Herr Hock, den Sie jetzt am Anfang in Ihrem Einstieg gewählt haben. Aus unserer Sicht ist es so, wie der Kollege Pfannkuch auch schon ausgeführt hat, ist ja ein genereller Weg, auf den wir uns machen wollen, zu einer modernen Verwaltung, mit modernen Prozessen, mit modernem Projektmanagementcontrolling und Transparenz über unterschiedliche Schritte. Das wünschen wir uns auch in anderen Bereichen, im Verhältnis zu den Bürgern. Da sind wir auch auf dem Weg und von daher sind wir mit der Antwort sehr zufrieden, sind natürlich dann gespannt im Detail. Aber wir glauben, hier ist es keine verschwendete Ressource, die wir betreiben, sondern am Ende wird es eine höhere Effektivität und auch tatsächlich eine Transparenz schaffen, in welchen Schritten wir uns bewegen, um dann vielleicht auch im Detail auch noch einmal nachzufragen, woran das denn hakt und dann vielleicht aber auch unterstützen können, warum

es hakt. Denn es gibt natürlich immer auch Gründe. Wenn bestimmte Anträge beschlossen werden, hat man auch den Wunsch, dass das irgendwann auch zum Abschluss kommt.

Wie gesagt, wir begrüßen das und sind gespannt auf die Vorlage und den Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Mit dem Teil 3 des FDP-Antrags, mit dem einfachen Anzeigesystem haben wir kein Problem. So, wie ich das verstehe, hat die Verwaltung das auch zugesagt, dass es eingeführt werden soll. Aber ganz ehrlich, mit den beiden anderen Punkten habe ich das Problem, dass ich glaube, dass Berichte in halbjährlichen Abständen, in denen über eventuelle Ausführungsprobleme, Verzögerungen, Nachbesserungs- und Beschleunigungsprozesse und anvisierte Umsetzungszeiträume berichtet wird, nicht wirklich etwas an der Transparenz ändern, wohl aber an der Arbeitsbelastung der Verwaltung. Ich meine, wenn jedes halbe Jahr ein umfassender Bericht für die ganzen Beschlüsse erstellt werden muss, kann man sich ausrechnen, wie viele Mannstunden, wie viele Stellen am Ende dafür eingesetzt werden müssen. Ich glaube nicht, dass wir am Ende auch nur einen Schritt weiter sind, was die Transparenz angeht.

Der Aufwand steht für uns in keinem Verhältnis zu dem, was man damit erreichen kann. Deswegen wären wir bei Punkt 1 und Punkt 2 dagegen, weil wir glauben, dass dadurch die Transparenz sich nicht entscheidend verbessert, aber sehr viel zusätzliche Arbeit geschaffen wird. Diese Arbeitszeit sollte lieber in das Umsetzen der Beschlüsse gehen als in das Erstellen von Berichten über den Umsetzungsstand.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.): Wir begrüßen auch den Antrag der FDP in seiner grundsätzlichen Motivation. Ich glaube, es ist wichtig, Transparenz herzustellen, auch Transparenz den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, wieso Beschlüsse nicht so schnell umgesetzt werden können. Da gibt es in allen Fällen immer gewisse Gründe dafür oder gute Beweggründe dafür, wieso ein Antrag nicht so schnell umgesetzt wird. Ich sehe ehrlich gesagt auch die Verwaltung nicht ganz als gegensätzliches Modell dazu. Ich glaube, das könnte sich sehr gut ergänzen, die digitale Nachverfolgung dementsprechend. Ich glaube schon, dass eine gewisse Art der Berichterstattung in einem Gremium oder in mehreren Gremien sinnvoll wäre, auch um die Möglichkeit der Diskussion zu haben. Ich glaube, um die Umsetzung, und das ist die einzige Herausforderung, ist vielleicht ein bisschen Zweifel da, ob halbjährlich im Hauptausschuss geballt für alle Fachausschüsse eine wirklich gute Anordnung ist, weil wir uns ansonsten im kompletten Hauptausschuss nur mit der Nachverfolgung von Anträgen befassen. Vielleicht wäre es klüger, das in den einzelnen Fachausschüssen zu machen, in einem anderen Zyklus, um das immer mal wieder aufzuheben. Das heißt, erst einmal grundsätzlich Unterstützung der Motivation. In der Umsetzung sind wir tatsächlich offen, wie das genau gemacht werden könnte.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Meine Fraktion wird diesem Antrag der FDP zustimmen. Ich muss ehrlich sagen, so einen Antrag hätte ich gar nicht mehr gestellt, weil ich gar nicht dran glaube, dass das umgesetzt wird, dass man so etwas überhaupt erreichen kann. Das ist meine Erfahrung. Wir hecheln immer hinterher, wir erfahren nichts. Dann hat man doch eher den Eindruck, es ist ungewollt, wenn man mal nachfragt in der Verwaltung. Mittlerweile ist es schon so, auch wenn man eine Mail schreibt, wo ich immer dachte, dann geht es schneller. Wenn man nicht nachhakt, permanent nachhakt, kriegt man gar keine Antwort. Also, von daher finde ich diese Grundmotivation oder den Grundgedanken absolut richtig, denn wir gewählten Vertreter der Bürgerschaft müssen einfach wissen, wo steht ein Antrag, den wir

gestellt haben. Viele Dinge kommen aus der Bevölkerung zu uns, und dann wollen die auch zeitnah wissen, was ist jetzt mit dem, was ihr beantragt habt, worum ihr gebeten habt, dass was passiert. Also, von daher finde ich den Antrag gut, und wir werden ihm auch zustimmen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir sind auch der FDP dankbar für diesen Antrag, aber aus unserer Sicht geht es nicht um Kontrolle. Es geht um vertrauensbildende Maßnahmen. Wir möchten Vertrauen haben, dadurch dass wir wissen, wenn wir nachfragen, wissen wir, wo die Sache steht. Das ist keine Kontrolle, sondern es geht um Vertrauen. Ich glaube, das ist in mancher Sache gestört.

Ich glaube, dass wir Folgendes machen könnten. So ein geballter Gesamtbericht bringt nicht viel. Ich würde es vorziehen, wenn ich wüsste, ich habe einen Antrag gestellt, dass ich durch ein kleines Ampelsystem, kleine Darstellung, wie ist der Sachstand meines Antrags, das schnell abrufen kann. Wenn mich jemand fragt oder ich möchte es selber wissen, wo steht das Ding, dass ich es selber abrufen kann. Jeder hat seine Anträge laufen und möchte wissen, wo steht jetzt gerade dieser Antrag. Das ist keine Erwartung von einem Riesengesamtbericht, sondern dass es zum normalen Arbeitsablauf gehört, dass ein Sachbearbeiter den Stand einträgt. Das wäre mein Vorschlag. Bitte Verzicht auf einen Gesamtbericht, das bleibt eh stecken, sondern digital nachlesbar darstellen, das wäre unser Begehren.

Stadtrat Hock (FDP): Ich muss jetzt auf den Redebeitrag von Herrn Cramer noch eines dazufügen, was ich eigentlich nicht machen wollte, aber jetzt mache ich das. Genau das ist der Punkt, Herr Cramer, genau das ist der Punkt. Wenn jede Fraktion in ihrer Fraktion nachschaut, was die letzten ein, zwei Jahre hier beschlossen wurde und was vielleicht nicht umgesetzt wurde. Ich gebe Ihnen nur ein kleines Beispiel. Wir haben hier im Gemeinderat beschlossen, dass die blauen Stelen in unserer Stadt Hinweise bekommen, wo das nächste WC ist. Da haben wir nachgefragt und nachgefragt und nachgefragt, es wird umgesetzt, es wird umgesetzt. Es wurde nie umgesetzt. Da könnte ich Ihnen noch zig andere Beispiele nennen. Genau das, was Herr Cramer gesagt hat, war die Intention, dass wir das jetzt noch einmal hier bringen. Das war die Intention, zu sagen, nicht irgendwann, nicht digital, halbjährlich.

Der Vorsitzende: Ich will nur darauf hinweisen, wenn Sie dann digital ins Netz gucken und es steht immer noch eine rote Ampel, schreibt der Herr Cramer trotzdem eine Mail, und zwar zu Recht. Ich will gar nicht daran kritisieren. Das System löst noch nicht das Problem der Abarbeitung. Es macht es vielleicht transparenter. Ansonsten muss ich natürlich jegliche Kritik an der Verwaltung hier zurückweisen. Wenn wir etwas nicht umsetzen, dann hat das Gründe, mitunter auch, weil Sie uns vorher schon wieder den nächsten Auftrag gegeben haben. Wir müssen manchmal ein bisschen ehrlicher sein in dem, was wir Ihnen zusagen, Herr Hock. Das ist etwas, woran ich arbeite.

Dann kommen wir zur Abarbeitung. Sie haben gesagt, Sie möchten ihn zur Abstimmung stellen, so wie er ist. Wir sagen, unabhängig vom Ergebnis zu, dass wir das, was wir in unserer Stellungnahme versprochen haben, auch einhalten.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich habe vorhin schon gesagt, dass wir glauben, dass dadurch mehr Arbeit entsteht. Deswegen wollen wir gerne getrennt abgestimmt haben, weil wir die Punkte 1 und 2 ablehnen.

Der Vorsitzende: Gut, dann machen wir das doch. Dann rufe ich auf Ziffer 1 und 2 des FDP-Antrags und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann kommt die Ziffer 3 des FDP-Antrags, und auch da bitte ich um Ihr Votum, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Ob es dann eine Ampel wird oder eine etwas erweiterte Ampel, das ist ja ein dehnbarer Begriff.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
19. August 2022